



„Resist“: Widerstand gegen die Ghettoisierung Bethlehems:
"Warschau 1943, Clompton 1992, Bethlehem 2005"
foto: arbeiterfotografie.com (2005)

DER ZIONISMUS, EIN EUROPÄISCHER SIEDLER- KOLONIALISMUS

Aktuell zum Freidenker-Heft Juli 2017 hatten wir am 15. Juli die Autorin des Leitartikels "Siedlerkolonialismus und Apartheid in Palästina" - die Islamwissenschaftlerin Petra Wild aus Berlin – in das Kölner Freidenker-Zentrum eingeladen. Zugleich waren Vertreter der Bonner BDS-Kampagne anwesend.

Vorbemerkung: Die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem ist nach Mekka und Medina das dritt wichtigste Heiligtum aller Muslime. Seit der militärischen Besetzung der Stadt durch Israel regelt ein Abkommen zwischen Israel und Jordanien, unter dessen Kontrolle Jerusalem seit 1948 gestanden hatte, die Verwaltung und den Zugang zu den heiligen Stätten. Die Al-Aqsa-Moschee wird von der jordanischen Waqf-Stiftung verwaltet und kontrolliert. Israel versucht seit einigen Jahren, dieses Abkommen zu unterlaufen und die moslemische Hoheit in Frage zu stellen.

Am 14. Juli installierte Israel Metalldetektoren und Überwachungskameras an den Eingängen zur Moschee und schränkte den Zugang zu den Freitagsgebeten auf Frauen sowie Männer über 50 Jahren ein. Die Begründung:

einen Tag zuvor hatten drei Palästinenser zwei israelische Polizisten erschossen. Die israelischen Maßnahmen wurden von der muslimischen Welt als Provokation verstanden. Die darauf einsetzenden Unruhen - bei denen vier Palästinenser getötet wurden - drohten für Israel unkontrollierbar zu eskalieren. Deshalb wurden die Metalldetektoren am 26. Juli deinstalliert und der freie Zugang wieder ermöglicht.

Im offiziellen Narrativ ist dies eine weitere Episode in der Reihe gewalttätiger Scharmützel zwischen palästinensischen 'Terroristen' und der israelischen Armee. Wer die

Geschichte zu Rate zieht, dem zeigt sich ein anderes Bild.

Nach wie vor wird im offiziellen Diskurs die Gründung des Staates Israels als Reaktion auf den Vernichtungsfeldzug des deutschen Faschismus gegen die europäischen Juden dargestellt. Mit Israel sollte eine sichere Heimstatt für alle von Verfolgung bedrohten Menschen jüdischen Glaubens geschaffen werden. Die Geschichte hat jedoch einige Schönheitsfehler. Der Staat Israel entstand nicht aus dem Nichts. Alle notwendigen Strukturen für ein Staatsgebilde waren am Tag der Gründung bereits vorhanden: ökonomische, militärische und politische Institutionen. Über ihre geschichtliche Herausbildung wird sorgsam geschwiegen. Zudem war das Territorium, auf dem der neue Staat entstand, ja nicht menschenleer. Auch über das Schicksal der dort seit Jahrtausenden lebenden Menschen wird ebenso sorgsam geschwiegen.

Der Zionismus – die rassistische Antwort auf den Antisemitismus

Im August 1879 wurde in Basel die Zionistische Organisation (ZO) von Vertretern des europäischen jüdischen Mittelstandes gegründet. Das dort verabschiedete Basler Programm formulierte als wesentliches Ziel den Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina unter internationaler Schirmherrschaft. Es war und blieb ein koloniales Projekt und entsprach dem damaligen Zeitgeist. Innereuropäische Probleme bzw. machtstrategische Ambitionen wurden in Kontinente ausgelagert, deren Bewohner als eine minderwertige Rasse angesehen wurden und entsprechend als politische Subjekte nicht wahrgenommen wurden.

1917 war Großbritannien nach der militärischen Besetzung

Palästinas bereit, die Schirmherrschaft für das zionistische Projekt zu übernehmen (Balfour-Deklaration). Dies war einerseits eine Reaktion auf die bolschewistische Revolution. Erwartet wurde, dass eine große Zahl der jüdischen Russen nach Palästina auswandern würde und somit ihr Heimatland, gegen das ja auch Großbritannien Krieg führte, schwächen würden - diese Hoffnung schlug glücklicherweise fehl. Andererseits wurde ein europäischer Vorposten an den Zugängen zur damals schon strategisch wichtigen Ressource Öl als Vorteil angesehen. Mit der Balfour-Deklaration übergab also eine europäische Kolonialmacht einer europäischen Kolonialbewegung das Land. Im Vertragstext wurden den dort lebenden 91% Palästinensern entsprechend der rassistischen kolonialen Sichtweise keine politischen Rechte zugestanden.

1907 eröffnete die ZO in Jaffa ein Büro, von dem aus die folgenden Kolonialisierungsprojekte geleitet wurden. Vorlage hierfür war die preußische Kolonialisierung der Ostmark: um die polnische Bevölkerungsmehrheit in der Ostmark zu vertreiben, kaufte der preussische Staat Großgrundbesitzern Land ab und verteilte es exklusiv an deutsche Siedler - den dort lebenden Polen wurde sukzessive die Existenzgrundlage entzogen. Damit war die Richtung vorgegeben. Die jüdische Heimstatt sollte exklusiv - also die Palästinenser ausschließend - sein. Für den Ankauf von Land wurde der Jüdische Nationalfond gegründet. Bis 1948 gelang es ihm, lediglich 6% des Landes zu erwerben.

Mitte der 30er gründete die ZO eine Transfer-Kommission mit dem Auftrag, Transferdossiers über palästinensische Dörfer anzulegen. Mittels

350 Einwohner - darunter Kinder und Frauen - wurden ermordet. Die Folge war, dass die Mehrheit der Palästinenser zu Flüchtlingen wurden und es bis heute sind. Die Mehrheit von ihnen ist staatenlos. Heute leben noch immer 8 Millionen der 12 Millionen Palästinenser als Flüchtlinge. Am 15. Mai - dem Tag nach der israelischen Unabhängigkeitserklärung - gedenken die Palästinenser der al Naqba / der Katastrophe.

Nach der UN-Menschenrechtscharta hat jeder Flüchtling das Recht auf Rückkehr und auf Entschädigung. Aus diesem Grund versucht Israel, bei allen politischen Verhandlungen das Flüchtlingsproblem auszuklammern. Denn eine Rückkehr würde das Ende des zionistischen Projektes bedeuten. Selbst die Erinnerung daran soll getilgt werden. So ist das öffentliche Gedenken an die Vertreibung in Israel verboten. Auch in den europäischen Diskussionen um die israelische Politik hat das Flüchtlingsproblem lange Zeit keine Rolle gespielt. Selbst in linken Organisationen wird der UN-Teilungsplan nicht hinterfragt und folglich eine Kritik lediglich an der israelischen Landnahme im sog. 6-Tage-Krieg 1967 geübt.

Bevor jedoch mögliche politische Lösungen beraten werden, ist es zunächst notwendig, genauer das eigentliche Wesen dieses europäisch initiierten Kolonialprojektes zu betrachten.

Der Siedlerkolonialismus

unterscheidet sich fundamental vom Stützpunktkolonialismus. Der letztere zielt auf die Ausplünderung von Ressourcen und die Indiennahme billiger menschlicher Arbeit. Der Siedlerkolonialismus jedoch zielt auf die Aneignung und ethnische Dominierung des Landes. Herausragende Beispiele hierfür sind die USA, Kanada, Australien und Israel. Die siedlerkolonialistischen Bewegungen waren geeignet, innereuropäische Probleme auszulagern. Am Beispiel Israels ist dies der Antisemitismus.

Der Siedlerkolonialismus zielt auf die Vertreibung der Mehrzahl der Einheimischen. Zugleich jedoch müssen die Siedler auf allen ideologischen Ebenen versuchen, ihr Tun vor der Welt (und auch vor sich selbst) zu rechtfertigen, denn es soll bestehen bleiben - so, als ob nie vor ihnen jemand in diesem Land gelebt hätte.

Das angeeignete Land wird als unbewohnt dargestellt: entsprechend der rassistischen Sichtweise der Eindringlinge wird der Slogan 'Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land' auch von den Europäern schnell akzeptiert. Nicht ohne Zweck hat die Zionistische Bewegung seit ihrer Gründung die jüdische Religionsgemeinschaft in eine rassistisch begründete Volksgemeinschaft umdefiniert.

Ein weiterer Mosaikstein ist der Versuch, die eigene gewaltsame Vorgehensweise umzudeuten bzw. vergessen zu machen. In den 60er Jahren - in den Hochzeiten der antikolonialen Befreiungskämpfe - wurde versucht, das zionistische Kolonialprojekt als Befreiungsbewegung umzudeuten. Die Täter-Opfer-Rollen wurden vertauscht. Bekannt ist hierzulande vielen der Hype um die Kibuzzim als Kollektivwirtschaften mit basisdemokratischen Strukturen. In den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts waren es landwirtschaftliche Produktionsstätten in Siedlungen, in denen eingewanderte Zionisten als freie Lohnarbeiter ange-



Die Mauer in Jerusalem - bei Abu-Dis: jugendlicher Ziegenhirte

Terror und Vertreibung wurden diese Dossiers dann abgearbeitet. Unmittelbar nach der Verabschiedung des UN-Teilungsplans 1947 erreichten die Vertreibungen ihren Höhepunkt. Im Teilungsgebiet lebten 2/3 Palästinenser und ihnen gehörten 85% des Landes, wohingegen den jüdischen Siedlern lediglich 6% des Landes gehörten. Die UNO sprach den Palästinensern jedoch nur 45% des Landes, den Zionisten jedoch 55% zu. Mit dieser internationalen Legitimation vertrieben mittels terroristischer Aktionen die israelischen Neubürger 750 000 Palästinenser von ihrem Land, zerstörten bzw. annektierten ihren Besitz. Traurige Berühmtheit erlangte das Dorf Deir Yassin. Es wurde am 9. April 1948 vollständig von israelischen Milizen zerstört,

stellt waren. An diesem Charakter hatte sich bis dato nie etwas geändert. Zudem ist (auch in der hiesigen Presse) neutral vom israelischen Siedlungsbau die Rede. Der Siedlungsbau war aber immer mit der Vertreibung/Tötung der palästinensischen Besitzer verbunden.

Mit der Annektion des Landes wird auch versucht, die Spuren der Vertriebenen zu tilgen: alte arabische Dörfer/Olivenhaine werden vernichtet und mit europäischen Bäumen bepflanzt, kulturelle und religiöse Stätten werden zerstört oder als jüdische umdefiniert.

An diesem Punkt erst ist die eingangs dargestellte Auseinandersetzung um die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem zu verstehen. Die Geschichte dieser alten, von den Kanaanitern gegründeten Stadt wird als jüdische konstruiert und monopolisiert, obwohl Juden weder die einzige noch die vorherrschende Bevölkerungsgruppe in der Stadt waren. Jerusalem ist 7000 Jahre alt – lediglich 400 Jahre Juden gelebt. Jerusalem war über viele Jahrhunderte multi-religiös und multikulturell. Und genau dies möchten die israelischen Siedler vergessen machen.

Die Perspektiven

Ein siedlerkolonialistisches Projekt kann erst als beendet gelten, wenn die Siedler die ethnische Mehrheit haben. Und von diesem Ziel ist Israel weit entfernt. Die Schaffung einer mittlerweile unerträglichen Situation in Gaza und der Westbank zielen auf eine Forcierung des Projektes. Und deshalb sind die Diskussionen um eine 2-Staatenlösung sinnlos, denn diese widerspricht dem Projekt. Zudem läßt das den Palästinensern verbliebene Gebiet die Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaft und Verwaltung nicht zu und das Flüchtlingsproblem bliebe weiterhin ungelöst. Und so schätzt die Referentin die Chancen für eine friedliche Lösung zur Zeit als gering ein. Als mögliche Lösungen in Analogie zu gescheiterten kolonialen Siedlungsprojekten sieht sie zwei Varianten. Zum einen die südafrikanische Lösung. Die politische und ökonomische Vorherrschaft der Siedler wird gebrochen. Diese Lösung setzt jedoch den Abschied vom exklusiven zionistischen Siedlerprojekt voraus. Die zweite Lösung - die algerische - liefe im Ergebnis auf dasselbe hinaus, wäre jedoch die brutalere Variante: die Vertreibung der Siedler aus Palästina. Welche Lösung sich durchsetzt, wird von der weiteren politischen Entwicklung in Israel selbst und in den umliegenden arabischen Staaten abhängen.

Denn Israel hat mit dem permanenten Kriegszustand noch andere Probleme als das der endgültigen Lösung der ethnischen Frage. Zum einen werden der zivilen Wirtschaft notwendige Ressourcen und Arbeitskräfte entzogen. Die florierende Kriegsindustrie kann nicht alles wettmachen. Zum anderen hat die brutale Politik gegenüber den Palästinensern zu viele internationale Beobachter.

Der islamische Glaube hat nach wie vor eine starke Integrationskraft und nach wie vor gelten die Palästinenser in der islamischen Welt als Sinnbild für die Auswirkungen der westlichen Aggressionspolitik gegenüber der arabischen Welt. Und in Zeiten großer politischer Instabilität könnte Israel mit einer islamisch begründeten Allianz konfrontiert sein, der es nicht mehr stand halten kann.

Der palästinensische Widerstand in der arabischen Welt...

Die Entschlossenheit, mit der die Proteste gegen die israelischen Zugangsbeschränkungen zur Al-Aqsa-Moschee



Die Mauer in Jerusalem – bei Abu-Dis: "Wir wollen leben wie andere auch." fotos: arbeiterfotografie.com (2005)

organisiert und durchgeführt wurden, sieht Petra Wild als neue Qualität in der Gegenwehr. In Sommer 2014 formierte sich der palästinensische Widerstand neu, der durch die Niederschlagung der zweiten Intifada 2000-2004 für viele Jahre geschwächt war. Die Auslöser dafür waren die brutale Ermordung des 16jährigen Muhammad Abu Khdeir in Jerusalem, den israelische Siedler entführten, ihm gewaltsam Benzin einflößten und bei lebendigem Leib verbrannten, sowie der dritte Krieg gegen den Gaza-Streifen, der kurz danach begann.

Dieser Widerstand wurde jenseits der PLO und der palästinensischen Autonomiebehörde organisiert. Denn insbesondere deren Präsident Mahmoud Abbas gilt vielen Palästinensern mittlerweile als Verräter. Noch gibt es keine schlagkräftige politische Organisation, jedoch stehen wieder die ureigensten Forderungen der Palästinenser auf der Tagesordnung: Rückkehr der Flüchtlinge und materielle Entschädigung bzw. Rückkehr auf das geraubte Land. Zudem wurden in den Demonstrationen auch diejenigen arabischen Regime beim Namen genannt, die mit Israel kooperieren: Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten. Dass dieser Link von den dort lebenden Menschen verstanden worden ist, zeigte der 21. Juli, der Tag des Zorns. Hunderttausende demonstrierten in diesem Jahr in der arabischen Welt für die Wiederherstellung der vollen Rechte der Palästinenser. Die Versuche der Golfstaaten und Israels, die arabischen Bevölkerungen von der Palästina-Frage abzulenken und an deren Stelle einen konstruierten schiitisch-sunnitischen Konflikt zu setzen, sind offensichtlich gescheitert. Dies hat zumindest das jordanische Herrschaftshaus verstanden, denn es forderte am vehementesten die Rücknahme der israelischen Maßnahmen an der Jerusalemer Moschee.

... und die internationale Solidarität

Im Juli 2005 startete die palästinensische Zivilgesellschaft eine Kampagne mit dem Titel Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen. Sie ist ein Versuch des palästinensischen Volkes, internationale Unterstützung für die Einforderung ihrer Rechte zu bekommen. In vielen Ländern ist der Aufruf von Gewerkschaften, universitären Einrichtungen und zivilen Initiativen in die Tat umgesetzt worden (bds-kampagne.de). Die BDS-Kampagne wird genutzt, um die jahrzehntelang akzeptierte Legitimation der israelischen Politik in vielen Ländern in Frage zu stellen. Und so ist es nicht verwunderlich, dass der israelische Geheimdienst - der Mossad - diese Kampagne auf den Index gesetzt hat. In Deutschland hat es diese Kampagne schwer. Selbst viele linke Organisationen verweigern sich. Auch bei ihnen verfängt die ideologische Ineinssetzung von Zionismus und der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Die in den Mainstream Medien und der offiziellen Politik verbreitete Gleichsetzung von BDS mit der deutschen faschistischen Parole 'kauft nicht bei Juden' wird von vielen akzeptiert. So stehen die deutschen BDS-Gruppen zunächst vor der Aufgabe, diese Ineinssetzung aufzubrechen. In der an den Vortrag von Petra Wild anschließend geführten Diskussion wurde schnell klar, dass die Anwesenden hierzu keinen Aufklärungsbedarf haben.

▶▶▶ In der Diskussion mit den Vertretern der Bonner BDS-Gruppe (s. Kasten) wurden mehrere inhaltliche Kritikpunkte an der Kampagne geäußert und erläutert.

▶ Beschränkung des Boykotts auf Produkte, die in den von Israel 1967 besetzten Gebieten hergestellt werden

BDS ist zunächst ein Mittel, um die vom mainstream verbreitete Sichtweise auf Israel zu hinterfragen. In öffentlichen Aktionen werden z.B. die in den von Israel 1967 besetzten Gebieten produzierten Waren als gestohlene bezeichnet. Daran kann zwar aufgezeigt werden, von wem sie gestohlen wurden. Faktisch jedoch gilt diese Argumentation für das gesamte israelische Staatsgebiet - unter der Voraussetzung, dass der koloniale Blick abgelehnt und die palästinensische Bevölkerung als politisches Subjekt mit allen Rechten (und nicht nur als Opfer) wahrgenommen wird.

▶ Die Kampagne akzeptiert den UN-Teilungsplan

Der UN-Teilungsplan ist aber, wie oben schon aufgezeigt, ein Teil des Problems. Mit ihm wurde das zionistische Siedlerprojekt mit allen seinen Konsequenzen legitimiert. Eine politische Lösung kann also erst gefunden werden, wenn alle Beteiligten - Palästinenser und Israelis - als gleichberechtigte politische Subjekte über das Land verfügen können unabhängig von der 1947 erfolgten kolonialen Grenzfestlegung.

▶ Die BDS-Kampagne ist nicht mit einer politischen Befreiungsstrategie verbunden

Die internationale südafrikanische Anti-Apartheid-Kampagne war eng verbunden mit der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC. Diese hatte eine politische Zukunftsvision, der sich Teile der weissen Südafrikaner anschließen konnten. Die BDS-Kampagne jedoch zielt le-

diglich auf Maßnahmen gegen Israel und bietet zunächst keine Ansatzpunkte für politische Lösungen, die sowohl für Palästinenser als auch für Israelis eine gemeinsame Zukunft aufzeigen. Somit bliebe letztendlich nur die algerische Lösung des Problems. Diese fehlende Strategie kann jedoch der BDS-Kampagne nicht angelastet werden. Weltweit sind die Befreiungsbewegungen nach der Zerschlagung der sozialistischen Staatengemeinschaft und dem in Folge immer brutaler agierenden Imperialismus in die Defensive geraten. Die momentane politische Schwäche des palästinensischen Volkes hat ja auch mit fehlenden starken internationalen Partnern zu tun. Wir als Deutsche haben aber zunächst ein anderes Problem. Zum einen scheint der simple Grundsatz der Unteilbarkeit der Menschenrechte selbst bei vielen Linken aus dem Blickfeld verschwunden zu sein. Desweiteren ist es nicht unsere Aufgabe, eine Strategie für den palästinensischen Befreiungskampf zu entwickeln. Wir haben die Aufgabe, die ideologische und auch materielle Unterstützung des israelischen Kolonialprojektes durch das Land, in dem wir leben, zu schwächen und damit das Anliegen der Palästinenser zu unterstützen. Wir werden auch weiterhin im freiBrief über die Arbeit der Bonner BDS-Gruppe berichten. (foxx)



Petra Wild: Die Krise des Zionismus und die Ein-Staat-Lösung
Promedia-Verlag Wien, 2015, 256 S., 17,90 Euro

Petra Wild entwirft eine konkrete Vision für einen ungeteilten Staat, in dem Juden, Christen und Muslime – einschließlich der vertriebenen Palästinenser – auf der Basis von gleichen Rechten und gemeinsamer Staatsbürgerschaft zusammenleben. (DASKROKOLIL 21 - 6/2017 - das-krokodil.com)

BDS in Bonn – gewaltfreier Widerstand gegen eine Besetzung – konkret!

Viele Menschen in Deutschland sind sich nicht der Tatsache bewußt, dass die Palästinenser seit mehr als 50 Jahren unter einer Militärbesetzung Israels leben. Das bedeutet, dass in der Westbank und in Jerusalem regelmäßig Palästinenser ihrer Häuser und ihres Landes beraubt werden. Das israelische Militär führt nächtliche Razzien in Wohnhäusern aus und nimmt Erwachsene und Kinder ohne Gerichtsverfahren bis zu sechs Monate (und darüber hinaus) in Haft. Kinder werden schon auf dem Weg zur Schule, wenn sie mehrere Checkpoints passieren müssen, von Soldaten mit Tränengas angegriffen.

Dies sind nur einige Beispiele dafür, dass Israel die Menschenrechte der Palästinenser mit Füßen tritt. Der Staat Israel ist eine Besatzungsmacht und nicht wie so oft behauptet, ein demokratischer Staat. In einem demokratischen Staat gelten jedoch gleiche Rechte für alle Bürger.

Die Bonner BDS Gruppe folgt dem Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft von 2005, Israel zu boykottieren, bis es das Völkerrecht anerkennt und umsetzt. Die BDS-Kampagne möchte erreichen, dass Israel

- ▶ die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
- ▶ das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt;
- ▶ die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge anerkennt, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde.

Der Boykott ist gewaltloser Widerstand gegen das Unrecht der Besetzung. Die Aktion der Zivilgesellschaft wurde deshalb notwendig, weil die Politik im Umgang mit diesem Unrecht versagt hat. Jahrzehntelange Friedensverhandlungen haben keinen Frieden gebracht und die Situation der Palästinenser noch schwieriger gemacht. Selbst Amnesty International ruft inzwischen zu einem Boykott der Produkte auf, die in illegal besetzten Gebieten produziert wurden. Der Boykott ist eine Form der Solidarität mit einer unterdrückten Bevölkerung, der sich mittlerweile auch Israelis und Menschen jüdischen Glaubens angeschlossen haben.

Der Boykott richtet sich also nicht gegen das Judentum oder gegen Israelis, sondern gegen die völkerrechtswidrige Politik Israels, die bisher von der internationalen Politik geschützt wird.

BDS gibt es weltweit, auch in Bonn. Die Aktionen unserer Gruppe sind vielfältig. Hier einige Beispiele: Während des israelischen Krieges gegen Gaza im Jahr 2014 haben wir Demonstrationen, Kundgebungen und einen Flashmob organisiert, um auf die Situation in Gaza aufmerksam zu machen. 2015 hielten wir eine Mahnwache mit einer Ausstellung zur Nakba ab. Nakba heißt Katastrophe und ist ein Synonym für die Vertreibung der Palästinenser im Jahre 1948. Im selben Jahr protestierten wir gegen den Auftritt der „Kibbutz Contemporary Dance Company“ vor der Oper Bonn.

Regelmäßig sind wir mit einem Infotisch auf dem Münsterplatz in Bonn vertreten. Hier informieren wir die Passanten über die Ziele des Boykottaufrufes. Eine weitere Aktionsform ist die ab 2016 durchgeführte BDS-Inspektion. Hierbei hat sich die BDS Gruppe Bonn auf Galeria Kaufhof spezialisiert. Wir fordern Kaufhof sowie alle anderen Unternehmen auf, Produkte aus den illegalen Siedlungsgebieten aus den Regalen zu nehmen, bzw. diese zumindest korrekt zu etikettieren. Denn oft werden die Produkte aus den besetzten Gebieten als "made in Israel" deklariert.

Unter den regelmäßig organisierten Informationsveranstaltungen sind hervorzuheben:

- ▶ Der Film "Even though my land is burning" des israelischen Friedensaktivisten Dror Dayan.
- ▶ Der Palästinenser Abdallah Abu Rahman informierte über die Arbeit des palästinensisch-israelischen Comitee against the wall.
- ▶ Farid Esack, ein bekannter Kämpfer gegen das Apartheidsregime in Südafrika, sprach über das Apartheidsystem in Israel.
- ▶ Am 23.09.2017 wurde in der Zentrifuge in Bonn das Theaterstück "Ich werde nicht hassen" mit Michael Morgenstern aufgeführt (mit veranstaltet von der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden). Siehe weitere Termine S.11

Die BDS-Gruppe in Bonn versucht also auf verschiedenen Ebenen, auf die Situation der Palästinenser aufmerksam zu machen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns während unserer Aktionen oder per eMail (bds-bonn@hotmail.com) ansprechen. Mehr Informationen über unsere Arbeit vor Ort, über unsere regelmäßigen Infostände und zur weltweiten BDS-Kampagne finden Sie unter <https://bdsgruppebonn.wordpress.com> (*Zusammenfassung foxx*)

<https://bdsgruppebonn.wordpress.com>

<http://bds-kampagne.de/>

<http://www.bds-info.ch/> und <http://www.bds-info.at/>

<https://bdsmovement.net/>

<http://bds-kampagne.de/hintergrund/die-internationale-bds-kampagne/> (mit zahlreichen links)



KLASSIKER

Nationaler Kampf oder Klassenkampf?
Sozialdemokratische Werbeschriften zum
Wahlkampf – Ein Gespräch...

... Mitgeteilt von Otto Bauer. Wien 1911

Zwei ehemalige Schulkameraden treffen sich, der eine ist mittlerweile ein deutsch-nationaler Student, der andere ein sozialdemokratischer Arbeiter. Zwischen beiden entspinnt sich eine Debatte um die wahren Interessen der Deutschen. Die Argumente sind zeitgemäß, denn es geht um nationale Borniertheit, Standortlogik und ... um eine Vision.

Der Student: Aber Freund, ich verstehe ja sehr gut, das ihr darum kämpft, das es euch besser ergehe. Gegen eure wirtschaftlichen Forderungen habe ich gar nichts einzuwenden. Aber ihr seid nicht gute Deutsche. Ihr gebt das Deutschtum den Tschechen preis.

...

Der Arbeiter: Wir deutsche Arbeiter können aber nur mit den tschechischen Arbeitern zusammen den Kampf gegen das Kapital führen. Wer wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten will, muss deutsche und tschechische Arbeiter gegen die Ausbeuter vereinigen.

Der Student: Das begreife ich nicht. Gerade für euch deutsche Arbeiter sind doch die Tschechen der schlimmste Feind. Die Tschechen kommen doch als Lohndrücker und Streikbrecher in die deutschen Städte und erschweren dadurch den deutschen Arbeitern den Kampf gegen das Kapital.

...

Der Arbeiter: Ja. Aber dagegen schützen wir uns nicht, wenn wir die tschechischen Arbeiter beschimpfen und bekämpfen, sondern nur dadurch, das wir ihnen sagen, dass sie unsere Brüder sind, dass sie sich mit uns organisieren müssen, dass wir ihnen und sie uns Treue und Solidarität bewahren müssen ... Vor einigen Monaten gab es hier einen Streit in der Maschinenfabrik. Der Fabrikant hat Streikbrecheragenten in die ärmsten tschechischen Gegenden geschickt und sie haben in der Tat ein paar dutzend arme Teufel aufgetrieben und hierher gebracht. Was sollten wir tun? Hätten wir die armen tschechischen Arbeiter beschimpft und beleidigt, dann hätten sie uns als ihre Feinde angesehen und hätten Streikbrecherdienste geleistet. Wir haben es anders gemacht. Wir haben sie am Bahnhof empfangen und haben ihnen gesagt, dass hier ein Streik ist und dass sie doch unsere Brüder, unsere Klassengenossen sind und nicht dem Ausbeuter helfen dürfen. Das haben sie verstanden. Sie sind mit

dem nächsten Zuge wieder weg gefahren und der Streik ist gewonnen worden.

Der Student: Aber es kommt doch auch vor, das die Tschechen nicht wegfahren und das sie wirklich Streikbrecherdienste leisten.

Der Arbeiter: Leider. Aber es kommt leider auch vor, das deutsche Arbeiter Streikbrecher werden. Auch deutsch-nationale Arbeiter! Die sogar besonders oft. Dagegen hilft eben nur eine starke Organisation, die die Arbeiter, ohne Unterschied der Nationalität, zum gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmer vereinigt.

Der Student: Davon schwärmt nur ihr deutschen Sozialdemokraten. Die Arbeiter der anderen Nationen wollen von der internationalen Organisation längst nichts mehr wissen. Die gründen separatistische Organisationen.

Der Arbeiter: Das ist nicht wahr. Hast du nicht die Verhandlungen des Internationalen Sozialistenkongresses gelesen, der Anfang September in Kopenhagen getagt hat? Dort haben sich die Vertreter aller sozialistischen Parteien und aller Gewerkschaften der ganzen Erde für die internationalen Organisationen, gegen die Separatisten ausgesprochen. Deutsche, Franzosen, Engländer, Italiener, Amerikaner, Russen, Polen - alle haben einstimmig den Separatismus verurteilt!

...

Solange in Deutschböhmen, in Deutschmähren, in Wien, deutsche und tschechische Arbeiter in einer Fabrik nebeneinander arbeiten, von einem Unternehmer ausgebeutet werden, wird es auch internationale Organisationen geben.

Der Student: Aber müssen denn tschechische Arbeiter in unser Gebiet kommen, und hier den Deutschen die Arbeitsstellen wegnehmen? Mögen sie doch in ihren tschechischen Dörfern bleiben!

Der Arbeiter: Ja, glaubst du denn, dass die tschechischen Arbeiter freiwillig zu uns kommen? Meinst du, dass sie frohen Mutes in ein Land ziehen, dessen Sprache sie nicht verstehen und dessen Bewohner sie oft sehr ungastlich empfangen? Die Not führt sie zu uns.

...

Der Student: Was kümmert es uns Deutsche, wo die Tschechen Arbeit finden? In unser deutsches Land sollte man sie nicht lassen!

...

Der Arbeiter: ... Als ich noch im Reiche draußen gearbeitet habe, habe ich gesehen, wie jedes Jahr ungeheure Landzüge von Landarbeitern aus dem agrarischen Osten Deutschlands in die Industriegebiete des Westens kommen. Überall strömen die Menschen aus den Agrargebieten in die Industriestädte. So auch bei uns. Und weil bei uns das tschechische Gebiet agrarisch, das deutsche Gebiet industriell ist, kommen Tschechen ins deutsche Land.

Der Student: Aber wozu brauchen wir sie?

Der Arbeiter: Frage doch die deutschen Bergwerksbesitzer, die deutschen Fabrikanten, die deutschen Baumeister, ob sie überhaupt genug Arbeiter fänden, wenn die Tschechen nicht kämen!

Der Student: Du glaubst unsere deutsche Industrie könnte ohne die tschechischen Arbeiter nicht bestehen?

Der Arbeiter: O nein, sie könnte schon. Gebt uns so hohe Löhne, dass unsere Frauen nicht bis zu ihrer Niederkunft in die Fabrik gehen müssen! Gebt uns kurze Arbeitszeit, gesunde Fabrikräume, billige Wohnungen und Lebensmittel! Dann werden wir euch einen Nachwuchs aufziehen der zahlreich, gesund und stark genug sein wird, unsere Industrie mit Arbeitskräften zu versorgen. Dann wird unsere Industrie keine tschechischen Arbeiter brauchen. Heute aber können wir dies nicht. Tausende deutsche Arbeiter wandern aus, weil sie die elenden Verhältnisse hier nicht ertragen können. Die zurück bleiben, sterben frühzeitig an der Tuberkulose. Unsere Frauen werden krank und siech, von unseren Kindern

stirbt ein Drittel vor dem sechsten Lebensjahr. Unter solchen Umständen sind dann freilich, besonders in Zeiten guten Geschäftsganges, nicht genug deutsche Arbeiter zu finden. Und dann kommen eben die Tschechen und füllen die Lücken aus! Darum ist unser Kampf für hohen Lohn und kurze Arbeitszeit, für billige Lebensmittel und gesunde Wohnungen ein wirklicher Kampf für das Deutschtum. Und diesen Kampf können wir nur international führen, Hand in Hand mit unseren tschechischen Arbeitskollegen.

...

Wir werden, Franz. Wir werden noch zu ganz anderen Dingen kommen. Siehst du denn nicht, wie alles in der Welt anders wird? Sieh doch hinüber ins deutsche Reich, wie dort die rote Flut anschwillt! Franz, dort drüben, wo sechs Siebentel des deutschen Volkes leben, dort naht schon der große Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit. Und so überall in der Welt – in Frankreich, England, Italien, in Amerika drüben jenseits des Ozeans. Pass auf, die russische Revolution, die der Zarismus niedergeschlagen hat, steht bald von neuem auf. Überall regt sich's! In der Türkei und in Persien hat es in den letzten Jahren Revolutionen gegeben, in Ägypten und in Indien zittern die Engländer vor der Revolution und selbst in

China gärt es. Franz, wir beide sind noch jung, vielleicht erleben wir noch eine große Zeit. So eine Zeit, wie die von 1848 bis 1870 war, wo alles Alte gestürzt ist und in ein paar Jahrzehnten eine ganz neue Welt entstanden ist. In so einer Zeit wird's auch bei uns anders werden. Dann bricht auch hier das Alte zusammen und wenn Österreich so eine Zeit der Revolution überhaupt überleben wird, wird es von Grund

auf umgebaut werden müssen. Dann bekommt jede Nation ihr eigenes Haus und über alle legen wir ein gemeinsames Dach, das alle beschützen wird. Jedes Volk frei für sich und alle miteinander brüderlich verbunden!

Der Student: Glaubst du das wirklich?

Der Arbeiter: Du zweifelst? Sie, wenn ich dir im Sommer 1905 gesagt hätte, dass wir in ein paar Monaten das allgemeine und gleiche Wahlrecht erobert werden, dann hättest du mich ausgelacht. Als aber dann die russische Revolution ausbrach und der Sturm zu uns herüber schlug und die Arbeiter sich überall erhoben zum Kampf, da war das Wahlrecht mit einmal da! Siehst du, so wird es noch oft kommen. Und

wenn erst der große Sturm kommt, dann kommt unsere Zeit. Dann werden wir noch mit ganz anderen Dingen fertig werden als mit dem nationalen Streit. Dann schlagen wir die Kapitalherrschaft in Trümmern, wie unsere Väter im Jahre 1848 die Adels-herrschaft in Trümmer geschlagen haben. Für diesen Tag der Entscheidungsschlacht wollen wir Arbeiter uns rüsten, alle vereint und verbündet, wie viele Sprachen wir auch sprechen. Denn dann wird's nur noch zwei Lager geben: Hie Kapital, hie Arbeit-hie Ausbeuter, hie Ausgebeutete. Siehst du, drüben an der Wand unseres Vereinslokals steht das alte Wort von Marx geschrieben: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ So haben wir es bisher gehalten, so halten wir es auch weiter – weiter im Kampf bis zum Siege.

(der Text ist gekürzt, da er den üblichen Umfang des freiBriefs gesprengt hätte; leider ist er nicht online verfügbar. Auf Anfrage verschicken wir ihn als pdf)

www.neinzurnato.de – aktuell über 60 Unterstützerguppen

NATO raus  raus aus der NATO

PARTEIISCHKEIT

"Die Angst der Juden vor den Judenfreunden"

Unter diesem Titel veröffentlichte der ehemalige Rabbinerstudent Armin Langer am 25. 7. 2017 in der ZEIT einen Kommentar zur Schließung der jüdischen Buchhandlung Topics in Berlin-Neukölln. (<http://www.zeit.de/amp/gesellschaft/2017-07/topics-berlin-neukoelln-juden-israelischer-buchladen-schliessung>) Um was geht es? Die Betreiber Amir und Doron des Buchladens Topics – beide Enkelkinder von Holocaustüberlebenden – boten in den letzten drei Jahren auch regelmäßig sehr gut besuchte Diskussionsveranstaltungen. Im März dieses Jahres ging es um die Schriften des italienischen Kulturpessimisten und Rassentheoretikers Julius Evola. Die Ankündigung war – wie Langer schreibt – mit jüdischem schwarzem Humor angekündigt. Diesen jedoch verstand die der antideutschen Szene zuzuordnende Gruppe TOP B3rlin nicht. Ihre Mitglieder riefen zum Boykott des Buchladens auf, Doron und Amir wurden per mail bedroht. In Folge mußte im Juli der Laden schließen. Der Autor spricht von einem destruktiven Philosemitismus, der mittlerweile die politischen Debatten vergiftet. Zum einen ortet er ihn als Attitüde einiger Nachkommen der Kriegsgeneration, denen die Erfahrungen und Bedürfnisse der echten Juden egal sind. Mehr noch maßen sich Deutsche wieder an, Juden vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Zum anderen zielen die militanten Aktionen der Antideutschen auf die Ausschaltung jeglicher Kritik an der israelischen Politik. Auch die Betreiber des Buchladens übten sie. Langer bringt hierfür entsprechende Beispiele aus den letzten Monaten in Berlin. Gruselig, aber lesenswert, zeigt es doch das erschreckende Maß an Verkommenheit ihrer Argumentation und ihres politischen Umgangs mit Andersdenkenden.

BDS Boycott, Divestment, Sanctions for Israel
WHAT ARE THE ISSUES? ||||| WARUM?? ||||| 5 GRÜNDE

1 The Siege of Gaza (Israeli Blockade) - Since 2007, Israel has laid siege to the Gaza Strip, blockading the enclave by land, sea and air. The Gaza Strip is now essentially an 'open air prison' ||||| Die Gaza-Blockade per Land, See und Luft

2 Home Demolitions – Since 1967, Israel has demolished more than 38,000 Palestinian homes... ||||| Häuserzerstörung seit 1967 zerstörte Israel mehr als 38.000 pal. Wohnstätten

3 Illegal Settlements – Since 1967, Israel has continued to build illegal settlements in Palestinian territories.. ||||| Seit 1967 kontinuierlicher Ausbau illegaler Siedlungen

4 Separation Wall – In April 2002, Israel began constructing an enormous wall around the occupied West Bank... ||||| der Einschluß der Westbank durch die Apartheid-Mauer...

5 War Crimes – Israel's war crimes have been widely documented by human rights monitors, civil society organisations ||||| Die von Israel begangenen Kriegsverbrechen

Nachrichtenportal der irischen Arbeiterunion, Dublin
Communications Workers' Union (CWU)
William Norton House, 575-577 N Circular Rd
Drumcondra, Dublin 1, Irland

<http://www.cwu.ie/Activists/Boycott-Divestment-Sanctions-for-Israel.1889.1.aspx>

„Fake news“

– eine Herausforderung des freien Denkens

Im Rahmen der Tagung der Weltunion der Freidenker fand am 2. September 2017 ein Kolloquium zum Thema im NRW-Freidenker-Zentrum in Köln statt.

Gilles Poulet, Président de l'Association Française Des Libres Penseurs

gab einen Abriss über die Aufklärungsvorhaben des französischen Verbandes und bezog sich als tragfähige Basis auf die von Noam Chomsky formulierten

„10 Strategien, die Gesellschaft zu manipulieren“

(nachzulesen in deutscher Übersetzung z.B. hier: <http://www.gulli.com/news/16293-10-strategien-die-gesellschaft-zu-manipulieren-2011-06-08> – Quelle: Silent Weapons for Quiet Wars). Daraus drei Beispiele:

Strategie Punkt 6: Konzentriere dich auf Emotionen und nicht auf Reflexion. Der Missbrauch des emotionalen Aspektes ist die klassische Technik, das Ziel habend, eine rationale Analyse und den gesunden Menschenverstand eines Individuums zu umgehen. Darüber hinaus öffnet eine emotionale Rede Tür und Tor, Ideologie, Bedürfnisse, Ängste und Unruhen, Impulse und bestimmte Verhaltensweisen im Unterbewusstsein zu initiieren.

Strategie Punkt 7: Versuche die Ignoranz der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die Masse soll nicht fähig sein die Methoden und Kontrolltechniken zu erkennen. Bildung, die der gesellschaftlichen Unterschicht angeboten wird, soll so einfach wie möglich sein, damit das akademische Wissen für diese nicht begreifbar ist.

Strategie Punkt 9: Wandle Widerstand in das Gefühl schlechten Gewissens um. Erlaube es, dass die Gesellschaft denkt, dass sie aufgrund zu wenig Intelligenz, Kompetenz oder Bemühungen die einzig Schuldigen ihres Nicht-Erfolges sind. Das „System“ wirkt also einer Rebellion der Bevölkerung entgegen indem dem Bürger suggeriert wird, dass er an allem Übel schuld sei und herabwürdigt damit dessen Selbstwertgefühl. Dies führt zur Depression und Blockade weiteren Handelns. **Ohne Handeln gibt es nämlich keine Revolution! (oder auch nur Veränderung!!)**



Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann (Freidenker und Arbeiterfotografie)

referierten unter dem Titel „Herrschaftsmittel Fake“ über große „Fakes“ bis Jahrhundertlügen, die das Vertrauen in die selbsternannten Qualitätsmedien bis hin zu „linken“ Medien erschüttern sollten. Als der größte Coup des 21. Jahrhunderts verhält sich die Operation 9/11 wie ein Gradmesser. Mit ihr zeigt sich das vollständige Versagen des Systems Journalismus (Recherchieren aus verschiedenen Quellen, kritischen Stimmen nachgehen, Beweise auswerten, etc.) – oder ist es die Enttarnung der wirklichen Funktion des systemkonformen Journalismus? Glaubwürdige Übermittler von Falschdarstellungen sind oft sakrosankte Nachrichtenagenturen.

Im Kodex des Deutschen Presserates heißt es: „Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse...“. Die Praxis sieht anders aus. 2006 heißt es in der Ablehnung einer Beschwerde beim DPR: Zu fordern, dass „nur noch definitiv festgestellte Wahrheiten als unbestritten und damit Fakt dargestellt werden“ können, wäre „abwegig und würde die journalistischen Möglichkeiten sprengen“... Aber es kommt noch besser: Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses beim Deutschen Presserat war in diesem Fall der Sprecher der deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) in der DGB-Gewerkschaft ver.di (Manfred Protze). **Man könnte es „Fake“ nennen: Der Presserat verkehrt den Pressekodex in sein Gegenteil...** // Der Vortrag ist erschienen in der Neuen Rheinischen Zeitung vom 6.9.2017, Ausgabe 627 (<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=24103>).



und 630 vom 20./27.9.2017 erschienen (<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=24159> und [id=24182](http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=24182)).

◀▶
Jean-François Maréchal, Cercle de Libre Pensée, „La Raison“, Spa/Belgien, dessen Vortrag mit den anderen in Schriftform nachgereicht wird, transferierte die Vorträge für alle Anwesenden vom Französischen ins Deutsche und umgekehrt (unterstützt von der Genossin Samira). ◀

Der neugewählte/bestätigte Vorstand der Weltunion der Freidenker mit ReferentInnen und ÜbersetzerInnen zum Kolloquium „Fake news“ – eine Herausforderung des freien Denkens am 2.9.2017. foto/m:af/mkh

◀▶
Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbands und frisch im Amt bestätigter Vorsitzender Weltunion der Freidenker

fürhte u.a. aus: Der so genannte Kampf gegen Fake News wurde von offizieller Seite in ein Instrument verwandelt, das gegen innenpolitische Gegner und außenpolitische Konkurrenten gerichtet ist. Darüber, dass Falschmeldungen unsere Demokratie bedrohen würden, ist eine regelrechte Hysterie entstanden. „Aus dem Modewort zur Beschreibung eines neuen Phänomens ist ein Kampfbegriff geworden“, schreibt das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in überraschender, weil seltener Offenheit. Demnach sei „Fake News ein politisches Schimpfwort, das in allerlei Auseinandersetzungen hin- und hergeschleudert wird, so dass es kaum noch zu greifen ist: zwischen Trump und Medien, zwischen Linken und Rechten.“ Für manche sei „Fake News“ nur „ein bequemes Schlagwort für alles Neue, was einem nicht in den Kram passt“.

Dabei ist der Aspekt nicht unerheblich, dass nämlich die Regierungen und Mainstream-Medien auch unliebsame Wahrheiten mit dem Verdikt „Fake News“ versehen, um sich nicht damit auseinandersetzen zu müssen, sondern die Kündler zu diskreditieren und aus dem „seriösen“ Diskurs auszuschließen. Damit ähnelt das Wort der Funktion des Vorwurfs „Verschwörungstheoretiker“, deren Ausgrenzung, Lächerlich- und Verächtlichmachung mit diesem Etikett ebenso angestrebt wird. Fakes sind keine Neuerscheinung. Wir sollen und können nicht akzeptieren, dass die Debatte um so genannte „Fake News“ als kleine Münze im parteipolitischen Gezänk und im tagespolitischen Schlagabtausch benutzt wird. Wir sollten die Konjunktur des Modewortes dazu nutzen, öffentlich auf Lug und Trug, insbesondere die größeren und großen Lügen hinzuweisen, die uns vorgesetzt werden, und deren Hinterfragen nicht gewünscht ist. Hier sehen wir eine besondere Herausforderung für die Aufklärung, die Freidenker auf ihre Fahnen geschrieben haben. // Der Vortrag ist in zwei Teilen in der Neuen Rheinischen Zeitung, Ausgaben 629

DRINGENDE EMPFEHLUNG

Zwei Titel passend zum Thema Lügen und Manipulation wurden in diesem Jahr herausgegeben und verfaßt von den Freidenkern Jens Wernicke (Mainz) und Ullrich Mies (Aachen). Auszüge und Besprechungen (von H.Popow) in der Neuen Rheinischen Zeitung – nrhz.de.



Ullrich Mies/
Jens Wernicke (Hg.)

FASSADEN-
DEMOKRATIE
UND TIEFER
STAAT

Auf dem Weg in ein
autoritäres Zeitalter

Die Einseitigkeit und Parteilichkeit vieler Medien ist kaum mehr zu ertragen. Doch was sind die Ursachen dieser Krise? Und ist ein ehrlicher und ausgewogener Journalismus überhaupt noch vorstellbar? (DAS KROKODIL 22, 9/2017, das-krokodil.com)

Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung, Hrsg.: Jens Wernicke, Westendverlag 2017, 18 Euro

Fassadendemokratie und Tiefer Staat – Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter, Hrsg. von Ullrich Mies und Jens Wernicke, Promedia Wien 2017, 19,90 Euro – mit Beiträgen u.a. von Jörg Becker, Daniele Ganser, Hannes Hofbauer, Jochen Krautz, Mike Lofgren, Rainer Mausfeld, Ullrich Mies, Hermann Ploppa, Jürgen Rose, Werner Rügemeier, Rainer Rupp, Andreas Wehr...

Unsere Genossin Erika Reitz ist am 10.09.2017 im Alter von fast 92 Jahren verstorben!

Kommunistisches Urgestein in Mönchengladbach. Ganz früh bereits in der KPD organisiert und alle Stürme mitgemacht und ihnen getrotzt. In der Illegalität treu zur Partei gestanden und mitgeholfen, dass die KPD weiter arbeiten konnte.

Nach 1968 die DKP in Mönchengladbach mit aufgebaut und immer Verantwortung übernommen. Streikbar und unbeugsam.

Solang es ging war Erika auch bei den Freidenkern und den Naturfreunden als Kommunistin aktiv. Leider forderte das hohe Alter seinen Tribut. Bis fast zum Schluss geistig auf der Höhe der Zeit, wollten Erikas Augen seit einigen Jahren schon nicht mehr und erlauben es ihr leider nicht mehr, am Gruppenleben teil zu nehmen.

Ein beispielhaftes Leben für, mit und in der Partei. Dieses Beispiel ist uns Ansporn und Verpflichtung. Wir werden es in Ehren halten. Ein letztes „Rot Front“ für unsere Genossin Erika!

Unsere Genossin Erika Reitz wird auch den Freidenkerinnen und Freidenkern sehr fehlen. Über Jahrzehnte übte sie das unbestechliche Amt der Revisorin aus. Der Verbandstag des Deutschen Freidenkerverbandes 2016 in Potsdam entsandte Grüße an Erika. Gerne hätte sie daran noch teilgenommen. Wir erinnern uns in Dankbarkeit und Freundschaft!

Der Deutsche Freidenker-Verband NRW richtete gemeinsam mit ver.di Bezirk Köln Arbeiterfotografie Köln Linke Erwerbslosenorganisation L.E.O. NaturFreunde Deutschlands Bezirksgruppe Köln DIE LINKE. Kreisverband Köln DIE LINKE. Ortsverband Köln-Nord eine Trauerfeier für den am 2.6.2017 verstorbenen Freidenker-Genossen und langjährigen Vorsitzenden des Ortsverbands Köln, **Hans-Peter Keul**, aus. Weggefährten verabschiedeten sich bei Kölsch, Kaffee & Kuchen zu internationalen Arbeiterliedern der „Overall Brigade“.

„Protestkultur“ in Deutschland oder „Eventmanagement“?

Im Juli tagte die Bonner Freidenkerrunde u.a. zu den Ereignissen rund um den G20-„Gipfel“ in Hamburg. Hier der persönliche Kommentar von Klaus von Raussendorf: In Hamburg haben wir erneut, aber so drastisch wie nie zuvor gesehen, was dabei herauskommt, wenn wohlmeinende Aktivisten so genannter sozialer Bewegungen in unmittelbarer Auseinandersetzung mit einer diplomatischen Staatenkonferenz „auf Weltebene“ erreichen wollen, was sie in direkter Konfrontation mit den „Eliten“ im eigenen Land zu erkämpfen zu mutlos, zu feige, zu bequem oder zu denkfaul sind. So kam zum G20-Treffen in Hamburg als Protest nur ein „Event“ heraus, und zwar je nach Geschmack in zwei Versionen, einerseits in Form von musikalisch umrahmter harmlos-aktivistischer Selbstinszenierung, andererseits in Form blanker Zerstörungswut, sowohl ideologisch von Seiten der raffinierten Provokateure vom „Zentrum für politische Schönheit“ als Stichwortgeber als auch organisiert martialisch auf der Straße vom „Schwarzen Block“. So bot Hamburg ein lehrreiches Bild der derzeit in Deutschland grassierenden „Protestkultur“: Regierung und Volk vereint gegen die „Diktatoren“ dieser Welt, ein original faschistisches Konzept von „Volksgemeinschaft“, allerdings bis zur Unerkennbarkeit neu drapiert als „Wertegemeinschaft“ zur Verteidigung „unserer“ Zivilisation.



Samstag, 21. Oktober, 11.30 bis 22 Uhr, Berlin
ROTER OKTOBER. REVOLUTION HAT ZUKUNFT!
Konferenz, Podiumsdiskussion, Konzert, Kulturprogramm. Babylon, Rosa-Luxemburg-Straße 30

Konferenz 5 Euro, Konzert 6 Euro, Kombikarte 10 EUR. www.uzshop.de



Die „wohl bekanntesten Experten im deutschsprachigen Raum zum Thema 9/11“ diskutieren bei KenFM Live zum Thema: **Elias Davidsson**, Daniele Ganser, Mathias Bröckers und Paul Schreyer diskutieren offen über all die Tabus, die seit dem 11. September 2001 eine authentische Analyse und Aufklärung der Terroranschläge verhindern. Die große Frage lautet: Was sind die Fakten? Was ist Fake? Kann man überhaupt noch von Demokratie sprechen, wenn das Fragenstellen selbst schon dazu führt, dass Menschen als „Verschwörungstheoretiker“ diffamiert werden? Welche Rolle spielt die Presse bei der Aufklärung und wo muss man ihr im Zusammenhang mit 9/11 kollektives Versagen vorwerfen?
<https://kenfm.de/kenfm-live-2-16-jahre-911/>

Petra Wild bei KenFM: „Das Gespräch ist eine nüchterne Bilanz des Status quo. Entweder Jerusalem trennt sich von seiner rassistisch-zionistischen Ideologie oder aber der Traum vom gelobten Land wird sich zum Albtraum entwickeln. Es schwelt massiv unterhalb der Oberfläche.“
<https://kenfm.de/kenfm-im-gespraech-petra-wild/>



Am 12. Juli 2017 im Eine-Welt-Haus in München kam es bei der Veranstaltung „Was passiert in Venezuela“ besonders in der Diskussion zu starker Auseinandersetzung. Einige Teilnehmer (Gegner der revolutionären Regierung in Venezuela) kamen offensichtlich nur, um die Veranstaltung zu stören. Unter folgender webadresse ist diese heiße Diskussion dokumentiert: <https://dkp-nuernberg.de/17-august-carolus-wimmer-pcv-kommt-nach-nuernberg/>. Der Vortrag von Carolus Wimmer in Köln findet sich unter youtube.com/user/arbeiterfotografie, das volle Programm: www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/videos



Donnerstag, 14. Dezember 2017, Berlin
90 Jahre Arbeiterfotografie & Verleihung Kölner Karlspreis für engagierte Literatur und Publizistik der Neuen Rheinischen Zeitung:
.Festakt. Info zu Preisträger & Programm: arbeiterfotografie.com /// NRhZ.de



Samstag, 14. Oktober 2017, 8.30 Uhr, Abfahrt Duisburg Hbf
ACHTUNG! Anmeldung bis zum 30. September 2017: Bus-Fahrt zur Nazi-Ordensburg Vogelsang in der Eifel. Liebe Schlaumeier!

Unsere 3. Schlaumeierreise in diesem Jahr führt uns am 14. Oktober 2017 in die Eifel. Dort haben die Nazis unmittelbar nach der Machtübernahme im Jahre 1933 eine von drei Schulen für Elite-Nazi-Militär-Staffeln errichtet: die „NS“-Ordensburg Vogelsang. Es ist ein in der Eifel oberhalb der Urftalsperre auf dem Berg Erpenscheid errichteter Gebäudekomplex bei Gemünd, einem Ortsteil von Schleiden. Die Anlage diente der NSDAP zwischen 1936 und 1939 als Schulungsstätte für den Nachwuchs ihrer Führungskader. Finanziert wurde der Bau durch die Enteignung der Gewerkschaften. Die Anreise erfolgt in einem Reisebus. Die Fahrtkosten liegen bei 21,50 Euro p.P. Mit jeder weiteren Anmeldung reduziert sich der Fahrpreis. Geplanter Reiseverlauf: 8.00 Uhr Abfahrt ab Walsum Rathaus; 8.30 Uhr Abfahrt ab Duisburg Hauptbahnhof – Busbahnhof 9.15 Uhr Abfahrt ab Düsseldorf Hauptbahnhof – Busbahnhof Ankunft in Schleiden ca. 11 Uhr 11 – 12.30 Uhr Führung durch die Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch. NS-Ordensburg zwischen Faszination und Verbrechen“, 13.00 Uhr Mittagessen im Gemünder Brauhaus und Bummel durch den Ortskern, 16.00 Uhr Rückfahrt. Änderungen vorbehalten! Eintritt für die Führung durch die Dauerausstellung: 12 Euro p.P. Anmeldung an: efroese@online.de unter Angabe von Namen, Adresse und Telefonnummer bis zum 30.09.2017. Allen Teilnehmenden wird eine kleine Info-Broschüre über Vogelsang per Post zugesandt. Bei Rückfragen: Hannah Schönig 0160/95 66 50 21

Samstag, 7. Oktober 2017, Tagesveranstaltung, Bochum
Anmeldung erforderlich: info@ddr-kabinett-bochum.de
Auferstanden aus Ruinen ... Das DDR-Kabinett Bochum lädt zur Geburtstagsfeier der DDR ein. Nicht rückwärts sondern der Zukunft zugewandt: die Festredner werden entgegen der herrschenden Verteufelung die sozialistischen Errungenschaften der DDR würdigen und auf ihre Tauglichkeit für künftige Gesellschaften jenseits von Ausbeutung und Krieg abklopfen. Zentrales Thema wird der 100ste Jahrestag der Oktoberrevolution sein. Denn diesem Ereignis haben wir nicht nur die Befreiung vom Faschismus zu verdanken. Dieses Ereignis schuf die Basis für sozialistische Versuche in anderen Ländern. Für das Musikprogramm haben sich angesagt der Freidenker Ernst Schwarz aus Frankfurt (einige kennen ihn durch seine musikalische Streik-Unterstützung der Amazon-Belegschaft in Bad Hersfeld) und das Remscheider Balalaika-Orchester Druschba.
www.ddr-kabinett-bochum.de

13.,14. Oktober - 17.,18. November - 7.,8. Dezember 2017, Köln
„Ich werde nicht hassen“ von Izzeldin Abuelaish im Theater Tiefrot, Dagobertstraße 32, jeweils 20.30 Uhr: 75 Minuten (ohne Pause), Karten: 18/11Euro, Telefon: 0221 - 46 00 911 - 0172 24 24 336, www.theater-tiefrot.de. Video-Trailer der Bonner Vorstellung (S.5.): www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/video

Sonntag, 15. Oktober, 17 Uhr, Köln
Im Rahmen der 3. Kölner Literaturtage zum Thema Wasserzeichen geht es mit Misch Steinbrück und Lota Ponitkau u.a. um griechische Kapitäninnen wie Laskarina Bouboulina, die mit ihren Schiffen, ihren Waffen und ihren eigenen Kampfeinsätzen in den 1820er Jahren wesentlich zur Befreiung Griechenlands von der osmanischen Fremdherrschaft beitrugen.
Galerie Arbeiterfotografie, Merheimer 107, 50733 Köln
Eintritt frei – Spenden willkommen

Aktuelle Termine siehe auch _____
_____ immer wieder mittwochs: NRhZ.de

NRhZ-ONLINE
Neue Rheinische Zeitung

TERMINE / kurz und knapp

Samstag, 14. Oktober 2017, 16 Uhr, NRW-Zentrum, Köln
Walter Schmid: Über den Begriff der Geschichte
Die Thesen „Über den Begriff der Geschichte“ schrieb der Philosoph Walter Benjamin in seinem Todesjahr 1940 angesichts des Sieges des deutschen Faschismus. In ihnen wendet er sich gegen die Vorstellung, dass die erzählte Geschichte nur ein Nacherzählen von Gewesenen ist und dieses Gewesene einer inneren Logik gehorchend sich entwickelt habe. Vielmehr müsse Geschichte immer wieder von der jeweiligen Gegenwart aus neu erkämpft werden, um aus ihr Erfahrungen für Zukünftiges verfügbar zu machen. Die Thesen sind sperrig und ohne den geschichtlichen Kontext, in dem Benjamin diese Thesen verfasste, kaum zu entziffern. Walter Schmid wird in seinem Vortrag diesen geschichtlichen Kontext beleuchten und in Rekursen auf die marxistische Philosophie ihre politische Bedeutung für unsere heutige Geschichtsbetrachtung herausarbeiten. Die Thesen von Walter Benjamin können unter <http://www.textlog.de/benjamin-begriff-geschichte.html> nachgelesen werden.

Samstag, 4. November 2017, 16 Uhr, NRW-Zentrum, Köln
Was tun, wenn die Rechte unsere Sprache spricht?
Sabine Kebir über alte und neue Diskurspiraten
Vor 80 Jahren starb der italienische Kommunist Antonio Gramsci. In den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts erlebte und kommentierte er den Aufstieg der italienischen Faschisten. Ihr Führer, Benito Mussolini, ehemaliges Mitglied der italienischen sozialistischen Partei, bediente sich in politischen Verlautbarungen geschickt aus dem Repertoire fortschrittlicher Begriffe, wie z.B. Revolution, Souveränität und Nation. Im Kontext der faschistischen Politik jedoch wurden sie ihres eigentlichen Inhaltes beraubt, übten aber nach wie vor eine hohe Anziehungskraft auf die italienische Arbeiterklasse aus. Für Gramsci war der Kampf um die Deutungshoheit der Begriffe - er nennt es den Kampf um die Erringung der kulturellen Hegemonie - eine der Hauptaufgaben der Linken. Denn nicht nur eine offen faschistische Bewegung, auch das bürgerliche Lager wird immer versuchen, Begriffe mit revolutionärer Sprengkraft umzudeuten, ja in ihr Gegenteil zu verkehren und damit das Volk in die Irre zu führen. Bis heute ist diese Aufgabe aktuell und angesichts der scheinbar übermächtigen Medienkonzerne, die die Verkehrung der Begriffe meisterhaft beherrschen, müssen wir die Mechanismen der Irreführung begreifen und Gegenstrategien entwickeln. Mehr über die Autorin auf unserer website
<http://www.nordrhein-westfalen.freidenker.org>

VERANSTALTUNGEN im NRW-FREIDENKER-ZENTRUM, 50678 K ö l n, Bayenstrasse 11

(erreichbar mit KVB-Linie 15 u. 16 Haltestelle "Ubierring" bzw. KVB-Bus-Linie 106 Haltestelle " R h e i n a u h a f e n ")

Jeden 1. Sonntag im Monat, 11 bis 13 Uhr, Duisburg
Kaiser-Wilhelm-Straße 284 zum Thema: Die Geschichte der Arbeiterbewegung – mit „Marx in Marxloh“, Vorstellung der Werke und des Wirken von Karl Marx. Eine Bildungsreihe der DFV-Gruppe Duisburg, die sich mit dem Wirken von Karl Marx, dem genialen Denker, Humanisten und Revolutionär befasst. Gegen Spende gibt es ein Frühstück. Telefonische Anmeldung bei Elfie Reiners unter 0203/597388

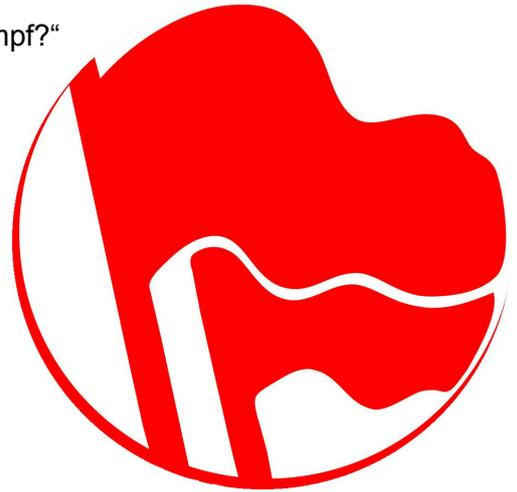
Jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr, Bonn
im Bonner Freidenker-Treff in der "Olive", Brüdergasse 12
Wer regelmäßig eingeladen werden möchte, schicke bitte eine eMail an Klaus von Raussendorff: raussendorff@web.de

Jeden letzten Donnerstag ab 17 Uhr, Köln, FD-Zentrum
Die Kölner Freidenkerinnen und Freidenker und Interessierte treffen sich jeden letzten Donnerstag im Monat ab 17 Uhr im Freidenkerzentrum. Wir diskutieren in lockerer Runde über politische und philosophische Themen.

In Ergänzung des Klassiker-Textes „Nationaler Kampf oder Klassenkampf?“
hier das Lied der österreichischen Arbeiterbewegung:

Die Arbeiter von Wien

Das Lied „Die Arbeiter von Wien“ entstand vermutlich 1927, als während der so genannten Julirevolte in Wien 89 Demonstranten durch Schüsse in die Menge getötet wurden. Der Text stammt von dem Wiener Lyriker und Essayisten Fritz Brügel (1897–1955)..



Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt,
Wir sind der Sämann, die Saat und das Feld.
Wir sind die Schnitter der kommenden Mahd,
Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat.

So flieg', du flammende, du rote Fahne,
Voran dem Wege, den wir ziehn.
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer.
Wir sind die Arbeiter von Wien.

Herrn der Fabriken, ihr Herren der Welt,
Endlich wird eure Herrschaft gefällt.
Wir, die Armee, die die Zukunft erschafft,
Sprengen der Fesseln engende Haft.

So flieg' du flammende, du rote Fahne ...

Wie auch die Lüge uns schmähend umkreist,
Alles besiegend erhebt sich der Geist.
Kerker und Eisen zerbricht seine Macht,
Wenn wir uns rüsten zur letzten Schlacht.

So flieg' du flammende, du rote Fahne ...



*frei*BRIEF ist das Organ des Landesvorstandes
NRW des Deutschen Freidenker-Verbands e.V.
GESCHÄFTSSTELLE:
Bayenstrasse 11, 50678 Köln

LANDESVORSITZ:
Brigitte Streicher
Kleybredde 100 A, 44149 Dortmund
Tel.: 0231 756252, Email: foxx@free.de
Bank: Deutscher Freidenker-Verband, Volksbank
Bonn Rhein-Sieg Kto.-Nr. 1902493014 (BLZ 38060186)
ab 2014 IBAN: DE06 3806 0186 1902 4930 14
BIC: GENODED 1BRS

INTERNET
www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/cms

*frei*BRIEF-REDAKTION
Martin Großkopf
Talweg 12, 53842 Troisdorf, Tel: 02241-3011909,
eMail: wickedbighead@gmx.de
Brigitte Streicher
Anneliese Fikentscher (Gestaltung)

REDAKTIONSSCHLUSS
*frei*BRIEF NRW-Info 2017-4: 15. November 2017

cccaaff@2017